

Empörung über Streikverbot

Türkische Regierung verbietet Metallarbeiterstreik wegen Gefährdung der Nationalen Sicherheit

Von Nick Brauns

Das Ende letzter Woche verkündete Verbot eines Metallarbeiterstreiks in der Türkei führt zu Protesten von Gewerkschaftern, Juristen und linken Parteien.

Am Morgen des 29. Januar waren Tausende Beschäftigten der Metallindustrie in 22 Fabriken in zehn Städten der Türkei in den Streik getreten. Die Gewerkschaft Birlesik Metal-Is-(BMI), die der sozialdemokratisch orientierten "Konföderation der Revolutionären Arbeitergewerkschaften" (DISK) angehört, fordert Lohnerhöhungen und die Angleichung von Gehältern in der Branche. Der Streik richtete sich damit zugleich gegen Tarifverträge, die die zwei der islamisch-konservativen AKP-Regierung beziehungsweise den faschistischen Grauen Wölfen nahestehende Metallarbeitergewerkschaften Celik Is und Türk Metal im Dezember mit dem Verband der Metallunternehmer (MESS) unterzeichnet hatten. Die Gewerkschaft BMI wirft dem Unternehmerverband vor, mit solchen Tarifverträgen die Schaffung eines Niedriglohnsektors anzustreben. So erhielten die rund 70 Prozent der Branche umfassenden unteren Gehaltsgruppen eine wesentlich geringere Lohnsteigerung wie die höheren Gehaltsgruppen. Sollte es zu keiner Einigung mit dem Unternehmerverband kommen, würden in einer zweiten Streikwelle ab dem 19. Februar die Beschäftigten von 20 weiteren Fabriken die Arbeit niederlegen, so dass die Zahl der Streikenden auf 15.000 ansteigt, hatte Birlesik Metal-Is angekündigt. Doch bereits am Freitag - dem zweiten Streiktag - wurde der Streik auf Beschluss des Ministerrates der AKP-Regierung wegen "Gefährdung der nationalen Sicherheit" für einen Zeitraum von zwei Monaten ausgesetzt.

"Diejenigen, die glauben, dass in den Betrieben Frieden herrschen wird, wenn den Arbeitern ihr Streikrecht geraubt wird, irren sich", protestierte Berlesik Metal-Is Präsident Adnan Serdaroglu gegenüber der Tageszeitung Hürriyet gegen diese Kabinettsentscheidung. Im Istanbuler Stadtteil Gaziosmanpasa halten Arbeiter als Reaktion auf das Streikverbot seit Ende letzter Woche die Fabrik Ejot Tezmac besetzt. Eine Gruppe von Intellektuellen, darunter Dozenten mehrerer Universitäten, solidarisierte sich vor Ort mit ihnen. In Ankara wurden am Sonntag Mitglieder der Partei der Sozialistischen Demokratie (SDP) festgenommen, nachdem sie aus Protest gegen das Streikverbot mit einer Menschenkette den Verkehr auf dem zentralen Atatürk Boulevard zum Erliegen gebracht hatten.

Der Regierungsbeschluss zeige die "Grenzen des Demokratieverständnisses der AKP" auf, erklärte die linksgerichtete Gewerkschaftsföderation des öffentlichen Dienstes (KESK) und der "Verband der Richter und Staatsanwälte" (YARSAV) beklagte, "demokratische Verfassungsrechte werden ausgesetzt, legitime Kämpfe von Werktätigen werden blockiert und es wird hingegenommen, dass ganze Arbeitermassen in die Armut getrieben werden". Das Recht der Regierung, Streiks zu suspendieren, geht auf ein Gesetz der Militärjunta nach dem Putsch vom 12. September 1980 zurück. Die Aussetzung des Metallarbeiterstreiks ist laut einem Bericht der sozialistischen Zeitung Kizilbayrak bereits das siebte derartige Verbot seit Regierungsantritt der AKP im Jahr 2002. So waren unter anderen Streiks bei der staatlichen Luftfahrtgesellschaft Turkish Airlines (THY) und im Juni letzten Jahres ein Streik in der Glasindustrie verhindert worden.

(Eingegangen bei LabourNet Germany am 03. Februar 2015)